



---

**Zentralsekretariat**

---

1010 Wien, Teinfaltstraße 7  
Tel.: 01 534 54 263 Fax 01 534 54 305  
e-mail: zentralsekretariat@goed.at

An das  
Bundesministerium für Verkehr, Innovation  
und Technologie  
BMVIT-I/PR3 (Recht und Koordination)  
Radetzkystraße 2  
1030 Wien

per E-Mail: pr3@bmvit.gv.at  
sowie an: Legistik@patentamt.at  
und an: begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Unser Zeichen:  
4.447/2013-VA/BV2/Dr.G/RauE

Ihr Zeichen:  
BMVIT-19.023/0001-I/PR3/2013

Datum:  
Wien, 3. April 2013

**Betrifft: Entwurf einer Patent- und Markenrechts-Novelle 2014  
Stellungnahme**

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst übermittelt zum oben genannten Entwurf folgende Stellungnahme:

Zur beabsichtigten Novelle im Allgemeinen:

Durch die beabsichtigte Novelle werden im Wesentlichen die Rechtsmittelinstanzen im Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes und des Disziplinarwesens der Patentanwaltschaft neu geordnet.

Gestützt auf Art. 94 Abs. 2 B-VG i.d.F. BGBl. I Nr. 51/2012 (Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle) soll der Instanzenzug vom Patentamt als Verwaltungsbehörde nicht zum Bundes-Verwaltungsgericht und in der Folge zum Verwaltungsgerichtshof sondern zum Oberlandesgericht Wien und in der Folge zum Obersten Gerichtshof führen.

Die beabsichtigte Einführung dieser sukzessiven Zuständigkeit wird aufgrund der Besonderheiten der Verfahren im gewerblichen Rechtsschutz grundsätzlich begrüßt. Besonders wird die beabsichtigte Nutzung der Fachkunde des Patentamtes durch Einbindung von Mitgliedern des Patentamtes als fachmännische Laienrichter und die Erhaltung der Nichtigkeitsabteilung des Patentamtes für Streitverfahren in der ersten Instanz begrüßt. Die durchgehende Erhaltung der verwaltungsbehördlichen Zuständigkeit in der ersten Instanz wahrt den niederschweligen Zugang zum Recht – ohne Vertretungszwang und dadurch notwendigerweise entstehende hohe Kosten. Dies stellt einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes für kleine und mittlere Betriebe dar.

Zu den beabsichtigten Änderungen im Besonderen:

- Senatszusammensetzung in den Rechtsmittelinstanzen:

Der vorliegende Gesetzesentwurf nimmt Bedacht auf eine durchgehende Beteiligung fachtechnischer Mitglieder des Patentamtes in den Spruchsenaten beim OLG Wien und beim OGH in jenen Verfahren, in denen das Überwiegen technischer Aspekte anzunehmen ist (§ 146 PatG, § 50d GMG, § 7 SchZG, § 17 HlSchG).

Während aber darüber hinaus in durchaus wünschenswerter und sinnvoller Weise auch die Beteiligung eines rechtskundigen Mitglieds des Patentamtes als fachmännischer Laienrichter in den Spruchsenaten des OLG sowohl in Musterangelegenheiten (§ 43e MuSchG) als auch in Rechtsmittelverfahren gegen Entscheidungen der Rechtsabteilungen beispielsweise in Patent-, Gebrauchsmuster-, und Schutzzertifikatsangelegenheiten (§ 146 PatG, § 50d GMG, § 7 SchZG) vorgesehen ist, fehlt eine solche Bestimmung in Markenangelegenheiten. Die Nutzung der Fachkunde des Patentamtes durch Beteiligung eines rechtskundigen Mitgliedes in den Spruchsenaten des OLG Wien erschiene jedoch auch in Markenangelegenheiten in gleicher Weise sinnvoll; eine entsprechende Abänderung der beabsichtigten Bestimmungen des MSchG wird angeregt.

- Die Möglichkeit der Vorlage eines aufklärenden Berichtes (§ 139 Z 6 PatG, § 47 Z 6 GMG, § 7 SchZG, § 37 Abs. 3 MSchG, § 41 Z 6 MuSchG) an das Rekursgericht erscheint zur effizienten Verfahrensführung und Vermeidung zurückverweisender Rekursentscheidungen wünschenswert.
- Der Entwurf sieht eine Beschränkung des Vertretungsrechtes der Patentanwälte in Rechtsmittelverfahren gegen Entscheidungen des Patentamtes auf die Vertretung vor dem OLG Wien vor (§ 145 Abs. 2 PatG, § 50c Abs. 2 GMG, § 7 SchZG, § 17 HlSchG, § 43 MSchG, § 43d MuSchG, § 16 Abs. 1 PatAnwG). Diese Beschränkung – und damit der Ausschluss des Berufsstandes der Patentanwälte von einer Vertretung vor dem OGH – erscheint insbesondere im Hinblick darauf, dass Patentanwälte seit jeher vor der bisherigen Höchstinstanz, dem Obersten Patent- und Markensenat (vormals Patentgerichtshof) vertretungsberechtigt waren, unerklärlich. Im Hinblick auf die Vermeidung zusätzlicher Kosten für einen notwendigen Wechsel der Vertretung in der Letztinstanz wird angeregt, eine Vertretungsbefugnis von Patentanwälten in den Rechtsmittelverfahren gegen Entscheidungen des Patentamtes auch vor dem OGH vorzusehen.

Damit würde sich auch die Möglichkeit der alternativen Begebung eines Rechts- oder Patentanwaltes im Rahmen der Verfahrenshilfe (§ 144 PatG, § 50b GMG, § 7 SchZG, § 17 HlSchG, § 43 MSchG, § 43c MuSchG) erübrigen, und es könnte die Möglichkeit der Begebung auf Patentanwälte beschränkt werden. Die Möglichkeit der alternativen Begebung erscheint nicht erstrebenswert, zumal nicht erkennbar ist, nach welchen sachlichen Gesichtspunkten die Entscheidung zwischen Begebung eines Rechts- oder Patentanwaltes in Fällen erfolgen sollte, in denen Angehörige beider Berufsstände vertretungsbefugt sind.

- Abschließend wird angeregt, die Vollziehungsklauseln der abzuändernden Gesetze den Neuregelungen anzupassen.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung

(Dr. Wilhelm Gloss)  
Vorsitzender-Stellvertreter